

Der Aufruf zu und die Beteiligung an Aktionen Zivilen Ungehorsams (ZU) sind in Attac Deutschland kein Konsens. Deshalb beteiligt sich das Netzwerk als Ganzes nicht an solchen Aktivitäten. Konsens innerhalb von Attac ist aber, dass ZU eine Aktionsform ist, die wir nicht als solche verurteilen. Deshalb nehmen Aktive aus Attac, auch solche, die Funktionen in Rat, Kokreis oder bundesweiten AGen haben, nicht nur immer wieder an ZU teil, sondern übernehmen auch Verantwortung in seiner Vorbereitung und Durchführung und das Netzwerk informiert darüber.

Das könnte ein wenig unübersichtlich erscheinen oder wie eine sehr bemühte Auslegung unseres Konsensprinzips, das ja wirklich nicht immer einfach zu handhaben ist. Und in der Tat kommt es vor, dass einzelne Attacies irritiert sind, weil der eine oder die andere bekannte MitstreiterIn prominent in Aktionen ZU auftaucht, oder dass es Enttäuschung gibt, wenn wir erklären, dass Attac zur Blockade da oder dort nicht aufruft. Aber hier geht es viel weniger darum, ein vielfältiges Netzwerk aus sehr unterschiedlichen Menschen mit oft recht verschiedenen politischen Traditionen zusammenzuhalten, sondern es handelt sich um wesentliches Element des ZU als solchem.

Wer Zivilen Ungehorsam praktiziert, trifft eine sehr klare Entscheidung. Er oder sie stellt nämlich fest, dass die in der Regel vorgesehenen Mechanismen zur Politikbeeinflussung im konkreten Fall nicht funktionieren. Das kann sehr verschiedene Gründe haben. Es kann sein, dass es als unakzeptabel eingeschätzt wird, dass es Nazis vom Demonstrationsrecht her erlaubt ist, ihre menschenverachtende Ideologie öffentlich zu propagieren. Es kann sein, dass Menschen Waffensysteme (wie die Mittelstreckenraketen in den 80er-Jahren) oder Technologien (wie die Gen- oder Atomtechnik) für so gefährlich halten, dass sie dem Staat das Recht bestreiten, ihre Anwendung zuzulassen, oder es kann sein, dass sie die Verletzung von Menschenrechten etwa durch Kriegseinsätze oder diktatorische Politik für so gravierend halten, dass sie nicht bereit sind, sie hinzunehmen.

Was immer der Hintergrund ist, ZU ist von der Überzeugung getragen, dass so gravierende soziale Rechte auf dem Spiel stehen, dass nicht abgewartet werden kann, ob und wann Politik und Justiz sich dazu durchringen, sie zu sichern. Wer Zivilen Ungehorsam praktiziert, vollzieht also einen Akt der Selbstermächtigung. Solches Verhalten ist eine unbedingte Notwendigkeit in einer lebendigen Demokratie, aber die Aktionen stehen erst einmal nicht unter dem Schutz des Versammlungsrechts, eine Beteiligung stellt ein rechtliches Risiko dar. Über eine solche Entscheidung kann und muss man mit anderen diskutieren, sich genau beraten, aber treffen kann sie letztlich nur jede Person für sich selbst.

Dabei ist keineswegs klar, dass ZU illegal ist. Höchste Gerichte, auch das BVerfG, haben mehrfach geurteilt, dass Aktionen legitim, nicht strafbar, selten sogar im Prinzip versammlungsrechtlich akzeptabel sind. Auch in der Bevölkerung wird ZU, etwa wenn es gegen Nazis oder Atompolitik geht, weitgehend als berechtigt angesehen. Das war nicht immer so, oft musste über Jahre hin eine politische Auseinandersetzung um die Legitimität geführt werden, ehe die öffentliche Zustimmung gewonnen war.

Das ist eines der Probleme, das wir mit Aktionen des Zivilen Ungehorsams gegen die Krisenpolitik bisher noch haben. Es ist bei vielen Menschen noch kaum ins Bewusstsein gedrungen, dass das Krisenmanagement der EU und der Bundesregierung Menschenrechte massiv angreift, Lebenschancen ganzer Regionen zerstört, teilweise Leib und Leben von Menschen gefährdet, etwa wenn die öffentlichen Gesundheitssysteme zerstört werden. Nazis, Gentechnik oder Militär werden von vielen als lebensbedrohlich wahrgenommen, Wirtschaftspolitik eher nicht, obwohl sie es ist.

Deshalb kommt es bei Blockupy darauf an, diesen Aspekt deutlich zu machen, und die Menschen zu ermutigen, die Schlussfolgerung daraus zu ziehen. Es geht nicht darum, Zivilen Ungehorsam als einzig mögliches und unbedingt von allen zu tragendes Mittel der Auseinandersetzung um das autoritäre Kriesenregime zu erklären. Jede und jeder muss frei über eine Teilnahme entscheiden können. Deshalb kann Attac als Ganzes nicht aufrufen, weil es eben Leute bei uns gibt, die damit für eine Entscheidung in Anspruch genommen würden, die nicht die ihre war. Aber wenn sich viele, sehr viele entschließen, dann wird viel leichter deutlich, wie notwendig das ist.